

## Versorgungschaos in Wilhelmsburg nach Schließung von Groß-Sand: Linken-Antrag fordert sofortige Notfalllösung

8. April 2026

Die Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft wirft dem Senat schweres Versagen im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung in Wilhelmsburg vor. Durch die Schließung des Krankenhauses Groß-Sand sind im Hamburger Süden erhebliche Versorgungslücken entstanden, eine zeitnahe Realisierung der von Rot-Grün angekündigten Stadtteilklinik ist nicht abzusehen. Für die Menschen in Wilhelmsburg droht eine jahrelange Hängepartie.

Die Linke fordert deshalb in einem Antrag an die Hamburgische Bürgerschaft:

- Eine chirurgische und internistische Akutversorgung rund um die Uhr (24/7)
- Neue Arztsitze in Wilhelmsburg und zeitnahe Entwicklung einer integrierten Versorgung
- Ein verbindliches Konzept für die Stadtteilklinik – ohne weitere Verzögerungen
- Einen klaren Zeitplan für die Umsetzung bis spätestens 2027
- Eine öffentliche, gemeinwohlorientierte Trägerschaft statt Profitorientierung

**Deniz Celik**, gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion: *„Der Senat hat es trotz aller Warnungen versäumt, eine Anschlusslösung für Groß-Sand zu entwickeln. Das ist politisch organisierte Unterversorgung! Tausende Patient\*innen haben nun ihre Notfallversorgung verloren, Arztpraxen sind überlastet und umliegende Krankenhäuser können den Wegfall nicht kompensieren. Rot-Grün hat zugelassen, dass Notaufnahme und Chirurgie verschwinden ohne dass auch nur ansatzweise eine Alternative bereitsteht. Betroffen sind vor allem Menschen mit geringem Einkommen, ältere Menschen und Familien im Hamburger Süden.“*

**Kay Jäger**, Wahlkreisabgeordneter aus Wilhelmsburg: *„Während die Versorgung abgebaut wird, werden die Beschäftigten verunsichert und allein gelassen. Wir fordern, dass im Rahmen der Verlegung der neurologischen Frühreha in das Marienkrankenhaus alle Kolleg\*innen verbindliche Übernahmeangebote erhalten. Alles andere wäre schlicht respektlos. Wer zulässt, dass Arbeitsplätze vernichtet und ein ganzer Stadtteil von der Versorgung abgehängt wird, handelt politisch verantwortungslos.“*